

Antragsteller: Peter Kox u.a.

Initiativantrag: Sozialer Fortschritt für alle

---

1  
2 Seit vielen Monaten beschäftigt uns in Bonn wie alle Städte und Regionen Deutschlands mit der  
3 großen Zahl schutzsuchender Menschen, die ins Land kommen. Die drängende Frage nach deren  
4 menschenwürdiger Unterbringung bestimmt weite Teile der politischen Agenda und der öffentlichen  
5 Diskussion in unserer Stadt.

6  
7 Über die Frage der kommunalen Erstunterbringung hinaus hat sich das 3. Sozialforum der SPD-  
8 Fraktion im Rat der Stadt Bonn mit den Auswirkungen der Zuwanderung auf die Stadtgesellschaft  
9 insgesamt beschäftigt. Festzuhalten ist dabei grundsätzlich: Für die Stadt Bonn ist die Integration der  
10 Flüchtlinge eine zentrale Herausforderung der kommenden Jahre.  
11 Aus dem schönen Satz „Wir schaffen das“ muss der Satz werden: „Wir machen das!“

12  
13 Dabei haben wir gemeinsam mit unseren Gesprächspartnern vier Schwerpunktthemen identifiziert:  
14 Wohnen, Arbeiten, Lernen und Spracherwerb.

- 15
- 16 • Wohnen: Für die Integration der dauerhaft in Bonn verbleibenden Flüchtlinge ist es unabdingbar,  
17 dass die Unterbringung in Turnhallen, Containern und Bürogebäuden schnellstmöglich beendet  
18 wird. Der Wohnraum in Bonn aber ist knapp, und Wohnen wird immer teurer. Die Mieten steigen  
19 schnell, die Kaufpreise explodieren regelrecht. Längst sind nicht nur Flüchtlinge und Haushalte  
20 mit niedrigem Einkommen von dieser Wohnungsnot betroffen. Auch für den Mittelstand werden  
21 die Wohnkosten zu einer immer größeren Belastung. Aus diesem Grund hat die Bonner SPD  
22 einen „Masterplan Wohnen für Bonn“ vorgestellt.  
23
  - 24 • Arbeiten: Integration findet im Betrieb statt; Teilhabe am Wirtschafts- und Arbeitsleben ist ein  
25 wesentlicher Bestandteil für gelingendes "Ankommen" der Zuwanderer. Die Bonner Wirtschaft  
26 (Handwerkskammer, IHK, etc.) ist bereit, ihren Anteil an der Integration von Flüchtlinge zu leisten  
27 - gerade auch im Wissen um die Kompetenzen, die die Menschen bereits mitbringen. Schon  
28 eingeführte Pilotprojekte, die aus Integrationskursen aus Gesellschaftskunde, Sprachkurse,  
29 Arbeiten/Praktika/Ausbildung bestehen, müssen ausgedehnt werden und dürfen nicht an der  
30 Stadtgrenze enden. Wir wollen die Kooperation von Wirtschaftsförderung, Integrationsstelle,  
31 IHK, Handwerkskammer, Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter weiter ausbauen, zum Beispiel  
32 durch das Durchführen einer Jobbörse, wie sie kürzlich in Berlin stattgefunden hat.  
33
  - 34 • Lernen: Für die geflüchteten Kinder und Jugendliche ist es unabdingbar, dass sie schnellstmöglich  
35 ihrem Bildungsstand entsprechend in die Schulen integriert werden. Für die Grundschulen ist  
36 unbedingt darauf hinzuwirken, dass die Zahl der OGS-Plätze soweit ausgebaut wird, dass keine  
37 Konkurrenzsituation unter Eltern entsteht wegen der zusätzlichen Kinder.  
38 Außerdem sind Sprachklassen an den höheren Schulen in allen Schulformen einzurichten, damit  
39 die Jugendlichen sich entsprechend ihren Fähigkeiten entwickeln können.  
40 Insbesondere die Gymnasien haben hier noch Nachholbedarf.  
41
  - 42 • Sprachförderung: Spracherwerb ist essentiell, um am Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Leben  
43 teilhaben zu können. Geflüchtete müssen daher so früh wie möglich Zugang zu Sprachförderung  
44 erhalten. Dafür werden wir uns einsetzen.  
45

46 Klar ist bei unserem Engagement immer: Es geht um die ganze Gesellschaft. Wir wollen keinen  
47 "Flüchtlingswohnungsbau", sondern sozialer Wohnungsbau für alle, die bezahlbare Wohnungen  
48 suchen, und dabei Ghettoisierung vermeiden. Wir brauchen keine Flüchtlings-Kitas, sondern

Antragsteller: Peter Kox u.a.

Initiativantrag: Sozialer Fortschritt für alle

49 ausreichend Kitas und OGS'en für alle, die einen Platz suchen. Und vor allem: Wir brauchen Hilfe für  
50 die Städte und Gemeinden, denn sie schultern die eigentlichen Aufgaben der Integration.

51

- 52 • Daher fordern wir: Zusätzliche finanzielle Mittel der Bundesregierung für Sprachkitas,  
53 Schulsozialarbeit und bessere Nachmittagsbetreuung. Innovative Ideen und Initiativen, um  
54 Menschen in Arbeit zu bringen; auch in geförderten Arbeitsgelegenheiten – für alle Menschen,  
55 die diese Unterstützung brauchen, nicht nur für Flüchtlinge. Mehr öffentlich geförderten  
56 Wohnungsbau, der in die Ortsteile eingebunden wird und

- 57 • massive Investitionen in die soziale Stadtentwicklung – in Quartiere, Kieze und Nachbarschaft.

58

59 Die Wirtschaftslage in Deutschland ist gut. Deshalb fordert die Bonner SPD, die hohen  
60 Haushaltüberschüsse zu nutzen - für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gerechtigkeit und sozialen  
61 Fortschritt. Alle kommunalpolitisch Verantwortlichen in unserer Stadt sind zugleich aufgefordert, die  
62 Möglichkeiten, die Bund und Land zum Beispiel beim Wohnungsbau bereits bieten, konsequent zu  
63 nutzen.

64

**Beschluss: Annahme**

**Weiterleitung an die SPD-Ratsfraktion**

65

66